

Militärhilfe für die Ukraine: Regierung plant drastische Kürzungen

Kiesewetter kritisiert die Deckelung der Militärhilfe an die Ukraine und warnt vor einem "verkappten Rückzug" Deutschlands aus der Verantwortung.

In den letzten Tagen hat die Bundesregierung ihren Kurs hinsichtlich der Unterstützung für die Ukraine geändert. Das geplante Vorhaben, die Militärhilfe schrittweise einzustellen und stattdessen auf externe Quellen zurückzugreifen, sorgt für erhebliches Stirnrunzeln in der politischen Landschaft. Diese Entwicklung steht in einem bemerkenswerten Kontrast zu der anhaltenden Sicherheitssituation, die die Ukraine weiterhin stark belastet.

Der Vorstoß der Regierung, die Militärhilfen nicht mehr aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren, ist umso besorgniserregender, da ein klares Bekenntnis zur Unterstützung der Ukraine gefordert wird. Aktuell stehen für 2024 rund 7,5 Milliarden Euro zur Verfügung, während für 2025 nur noch 4 Milliarden Euro geplant sind. In Zukunft will man sich auf einen neuen internationalen Finanzierungsansatz stützen, der durch die Zinsen von eingefrorenem russischem Vermögen gespeist werden soll. Der Parlamentsgeschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, äußerte jedoch laut den Funke-Zeitungen, dass niemand wisse, „ob, wann und wie viel Geld hier tatsächlich zur Verfügung stehen könnte“.

Innere Koalitionskritik

Das Vorgehen der Bundesregierung stößt nicht nur bei der

Opposition auf Widerstand. Innerhalb der Koalition gibt es ebenfalls Bedenken. Michael Roth, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag und Mitglied der SPD, bezeichnete die geplante Kürzung als „fatales Signal“ in Richtung der Ukraine. In Gesprächen mit verschiedenen Medien äußerte er, dass die fehlende Planung neuer Militärausgaben in den kommenden Bundeshaushalten den Eindruck eines „verkappten Rückzugs“ vermitteln.

Die Kritiker argumentieren, dass auch in einer Zeit, in der die ukrainische Armee offensiv agiert, ein starkes Signal von Deutschland erforderlich ist. Roth betonte: „Wir können unsere Sicherheit nicht von Haushaltszwängen abhängig machen“. Die Präferenz für eine sofortige militärische Unterstützung sei essenziell, damit das Land den Druck der Konflikte abmildern kann.

Bereits in der Vergangenheit hatte es immer wieder Diskussionen über die Höhe und die Dauer der Unterstützung gegeben. Diese neue Strategie wirft viele Fragen auf und könnte das Vertrauen zwischen Deutschland und der Ukraine untergraben. Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter warf der Regierung vor, „de facto“ die Ukraine im Stich zu lassen. Er wies darauf hin, dass die aktuellen finanziellen Regelungen nicht ausreichen und es mehr als eine „symbolische“ Finanzierung brauche, um der Ukraine effektiv Rückhalt zu geben.

Alternative Ansätze und Forderungen

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)